

Riesner und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger)

Verlagsort:
Zugblatt: Riesa,
Journ. Nr. 22,
Verlag: Riesa.

Das Riesner Zugblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Sachsen, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen bestmögliche Blatt.

Verlagsort:
Dresden 1182,
Verleger:
Riesa Nr. 22.

Nr. 279.

Dienstag, 1. Dezember 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Zugblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintritts von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reflamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitüberdauernde und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Anzeigenbeiträge: 25 Pfennig an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Besetzanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ranges & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die Deutschnationalen zum Volksbegehren in Sachsen.

id. Dresden. Die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Dresden, hatte am Montag die Vertreter der Presse und eine Reihe führender politischer Persönlichkeiten zu einer Konferenz gebeten, die der Ortsgruppenvorsitzende Schriftsteller Gutzsch mit einem Referat eröffnete, in dem er darlegte, daß das Volksbegehren die Voraussetzung sei für eine Vereinigung der Verhältnisse in Sachsen. Er führte dabei u. a. aus: Das Volksbegehren auf Auflösung des Landtages ist in der Dessenlichkeit zuerst von deutschnationaler Seite vertretet worden; die Kommunisten, die sich darauf schnell des Gedanken bemächtigt haben, geben nur die Namen dafür her. Daraus folgt, daß das Volksbegehren ein nationales, kein kommunistisches Ziel hat. Das Ziel ist, mit Hilfe von Landtagswahlen auch in Sachsen die Reichsregierung zu schaffen, die alle Wahlen der jüngsten Vergangenheit im Deutschen Reich gebracht haben. Der Augenblick ist da, den unerträglichen Zustand zu befeitigen, der jede Landtagsentscheidung von den kleinsten und wesenlosesten Parteitropfen, den Demokraten und Volksnationalen abhängig macht. Die sächsische Volkserhebung, ein Schritt der Arbeiterklasse, wendet sich entschlossen ab vom Marxismus, nie war die Stunde günstiger, im ehemals „roten Königreich“ einen Umschwung von ähnlich durchgreifender Art zu erzwingen, wie ihn England eben erlebt hat. Deshalb hat die Deutschnationale Volkspartei jetzt den Angriff angefaßt. Wer diesem Angriff widersteht, wie die Deutsche Volkspartei, der widersteht der Reichsregierung und leistet sich die Dankschuld.

Der Angriff richtet sich in erster Linie gegen die Sozialdemokratie. Sie ist mit ihren Volkswerken in den Konsumvereinen, Gewerkschaften, Krankenkassen, Arbeiterbanken, Vereinen jeder Art und im Reichsbanner allein von Bedeutung geblieben gegenüber allen Abspaltungen, wie der Kommunisten, der Alten Sozialdemokratischen und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei: sie ist auch in Sachsen an zahllosen ausfallgebenden Stellen verankert. Sie steht deshalb am entschiedensten gegen das Volksbegehren, weil sie durch eine Reichsregierung allerdings rücksichtslos aus ihren Präsiden herausgeworfen wird.

Der Angriff geht aber mit gleicher Entschiedenheit gegen die Parteien der Mitte, die unter Anführung der Deutschen Volkspartei das System der bürgerlichen Kraftlosigkeit begründet haben und noch heute auf dem Standpunkt des vormaligen volksparteilichen Führers blühen, mit der Sozialdemokratie gegen uns stehen. Die Deutschnationalen haben auch kein Verständnis dafür, daß die Regierung es dahin hat kommen lassen, daß die evangelische Landeskirche ihre Rechte gegenüber dem Staat durch Klage zur Geltung bringen muß, daß sich die Gottlosenbewegung in Sachsen ausbreiten darf und die Bekenner des Christentums in den Betrieben einem schamlosen Terror ausgesetzt sind. Die Deutschnationalen Hugenbergs sehen das Wesen echter Politik nicht in der Verleugnung ihres Bieles, sondern in seiner unabweisbaren Kennzeichnung, das bedeutet auch für Bismarck Politik. Ohne Phrase, aber mit der Tat wollen die Deutschnationalen Sachsen vom Marxismus befreien und dazu rufen sie die sächsische Bevölkerung an.

Landtagsabgeordneter Tögel

zeigte den Zusammenbruch der sächsischen Wirtschaft unter dem jetzigen System. Wir haben — so führte er aus — rücksichtslos den Kampf der sächsischen Regierung gegen die marxistisch-mittelparteiliche Diktatur gefordert. Damit fordern wir Politik anstelle von Verwaltung, Kampf anstelle von Erfüllung und Unterwerfung. Die sächsische Landwirtschaft teilt je länger je mehr das Schicksal deutscher Bauern. Hunderte sächsischer Betriebe haben für die nächste Ernte weder Saatgut noch Geld, um solches zu kaufen. Der gewerbliche Mittelstand ist in den Strudel des Unterganges mit hineingezogen worden. Es gibt tausende sächsischer Handwerksmeister, die weniger verdienen, als die Humpeln gehenden Arbeitslosen. Das ganze Land überzieht ein dichtes Netz der Konsumvereine, überall bürdern sich Hochburgen der Warenhäuser, Regiewirtschaft der Gemeinden, wo es nur möglich ist. Das Eigentum an Grund und Boden und Hausbesitz hat eine furchtbare Entwertung erfahren. Substanzvernichtung und Zerstörung in großem Ausmaß beweisen die Organe, die der Marxismus in Sachsen geleistet hat. Die Industrie hält sich mit dem Mute der Verzweiflung vor völliger Zerstörung. Lebensfähige Betriebe verlassen das sächsische Wirtschaftsgebiet. Sozialistischer Vandalismus ist eingetreten: Arbeitslose Arbeiter, arbeitslose Unternehmer, arbeitslose Angestellte. In breiten Schichten verliert das sächsische Volk ins Proletariat, eine Schicksalsbefreiung der marxistischen Volksherrschaft. Diese Wirtschaftsveränderungen sind die Folgen einer marxistischen und kommunistischen Politik, die der Eigenart der sächsischen Wirtschaft nicht Rechnung trägt. Wir stehen an der wirtschaftlichen Südfront des deutschen Reiches. Sachsen ist Grenzland geworden. Wir verteidigen deutsche Arbeit und reichen gleichzeitig die Hand hinüber zu unseren künftigen deutschen Brüdern in Böhmen. Unser Ziel ist und bleibt die Erhaltung und Wiederherstellung der sächsischen Arbeit. Die Arbeitslosigkeit in Sachsen kostet alles in allem rund 100 Millionen Mark im Jahre. D. h., daß der selbständige

sächsische Wirtschaftsorganismus getötet worden ist. Darum bezeichnet auch der Ministerpräsident Schick das sächsische Kabinett als Organ der obersten Reichsgewalt.

Was hat die sächsische Regierung diesem Verkünderungsprozess gegenüber getan? Sie stand vor der Frage: offener Kampf oder lokale Haltung. Sie müht sich mit übermenschlicher Verantwortung einem System wirtschaftlicher Zerstörung zu dienen und verliert gleichzeitig, es zu überwinden. Das ist unmöglich, denn wer dem marxistisch-mittelparteilichen System dient, wird mißkündigt. Die sächsische Regierung führt pflichtgemäß die Notverordnungsgesetze ein, ohne sanfter zu können. Sie legt den Entwurf zur Änderung des Druckscheines vor und beschränkt damit den Weg weiter Sozialisierung. Wo ist die Gewerbesteuerpflicht, wo ist der Abbau der Wohnungsbauämter, wo ist die Bearbeitung der Regiebetriebe, wo ist der positive Gehalt für wirtschaftliches Eigentum? Der Landtag mit den Präsidenten Wedel, Breßlau, Bode ist ein hartes und deutliches Bekenntnis zur marxistisch-mittelparteilichen Diktatur. Die sächsische Wirtschaft will diesen Landtag nicht mehr. Die Volkspartei lehnt das Volksbegehren ab, weil es die Kommunisten beauftragt haben. Wir rufen auf zum deutschnationalen Volksbegehren. Die Volkspartei behauptet, daß in Sachsen keine Politik gemacht werden könne, daß wir nur zu verwalten haben. Ich stelle fest: nicht allmähliche schrittweise Besserung führe zum Ziel, nur ein großer Entschluß ist geeignet, der Wirtschaft Vertrauen zu geben und die Bahn frei zu machen. Wir wollen einen neuen Landtag, eine neue Sachsenregierung. Wir wollen los von der Brüning-Diktatur in Sachsen. Durch Volksbegehren zur Arbeit, durch Volksbegehren zur Wirtschaft. Durch Volksbegehren zur Rettung des Eigentums. Volksbegehren für eine nationale Wirtschaft. Frei von jedem Sozialismus, woher er auch komme. Volksbegehren für eine soziale Wirtschaftspolitik. Volksbegehren zur Erhaltung und Rettung des Mittelstandes, der Industrie, der Landwirtschaft, des Hauseigentums.

Stadtschulrat Hartnack

untersucht das Verlangen Sachsens in kulturpolitischer Hinsicht. Die sächsische Verfassung fordert für die Wahl des Ministerpräsidenten absolute Mehrheit; kommt diese nicht zustande, dann bleibt die alte Regierung. Was wird, wenn eine alte Regierung darüber wegstirbt? Darüber sagt die Verfassung nichts. Das ist mindestens ein Denkfehler. Heute haben wir mangels einer absoluten Mehrheit keine wirkliche Regierung, sondern nur eine Art Selbstverwaltungskommission. Soweit die Regierung sich nicht als wahrer Träger des Übernommenen fühlt, ist sie Ausfühlerin der Sparpolitik des Reiches. Diese Regierung würde die mächtigste sein, die Sachsen gehabt hat. Aber sie handelt als die schwächste Kraft einer überlegenen Selbstverwaltungskommission. Diese Regierung, die ihre Macht nicht von diesem Landtag hat, respektiert diesen Landtag, als wäre sie dessen Präsidentin. Unsere sächsischen Minister sind Männer, deren Tüchtigkeit und Integrität über jedem Zweifel steht, sie sind nationale Männer im einzelnen, aber in der Gesamtheit sind sie nicht Träger eines nationalen Erneuerungswillens.

Das macht sich besonders in der Schulpolitik fühlbar. Die sächsische Volksschule erkrantet sich noch heute der Selbstverwaltung und eines Zustandes der Aufsichtlosigkeit, der keineswegs in der Welt nicht hat. Ohne die personelle Spitze gibe es keine wirkliche Verantwortlichkeit, gibt es auch keine rechte Wahrung des elterlichen Beschwerderechts. Nach wie vor steht das Ministerium auf dem Standpunkt, daß der Schulleiter nicht das Recht hat, eine Beschwerde sächlich zu behandeln. Ein beschwerdeführender Vater, der den Schulleiter vielmehr an den Lehrer zu weisen, aber den er sich beschwert. Man stelle sich diesen Zustand auf anderen Gebieten des öffentlichen Lebens vor! Es ist ein bedenklicher Mangel, daß nicht wenigstens im Rahmen der Sparverordnung eine für eine richtige Finanzgebarung verantwortliche Spitze der Schule wiederbegeben worden ist. Preußen hat seit 1928 dem Schulleiter Klassenbesuchrecht und Klassenbesuchspflicht wiedergegeben. In Sachsen wahr eine nationale, eine bürgerliche Regierung das marxistische Kleinod der Selbstverwaltung der Volksschule. Ein anderer wichtiger Vorwurfsgegenstand ist die sorgfältige Konzentration des Rätegedankens in der Form der Lehrkräfte mit dem Ausschluß der Minderheitenvertretung. Im Grunde genommen ist dies ein Schlag ins Gesicht des Willens der Reichsverfassung. Auch auf dem Gebiete des höheren Schulwesens sind schwere Verhältnisse zu beklagen. Es besteht eine Inflation der höheren Schulen und der Hochschulen, die nicht anders denn als schwere wirtschaftliche, soziale, berufsethische und volkswirtschaftliche Gefahr bezeichnet werden kann. Sachsen ist Führer und Schrittmacher in der akademischen Lehrerbildung gewesen, die mit der Bindung der Lehrer an das Abitur eine wesentliche Ursache der Inflation der höheren Bildungswegs geworden ist.

Das schwarz-rote Preußen hat fünf Akademien geschlossen und an allen übrigen die Aufnahme gesperrt. In Sachsen haben 1881 junge Leute auf irgendeinen Lehrberuf. Bei der bevorstehenden Schrumpfung des Schulwesens aber werden fast alle unverwendbar bleiben. Seit

Jahren hätte man die Pforte zur Hochschulberechtigung enger machen müssen. Der numerus clausus ist ein zu spätes und unwirksames Mittel. Seit 1926 hat sich die Zahl der Abiturienten in Sachsen verzwanzigfacht, in Preußen verdoppelt, während sie in Bayern um rund 50 v. H. zugenommen hat.

Der jugendliche Nachwuchs steht vor der beruflichen Unverwendbarkeit, kann keinen Hausstand gründen und das beste Erbgut kommt zum Verlöschen. Deutschland hat seit 1900 57 Prozent seiner Familienfruchtbarkeit verloren. Es steht damit an der Spitze aller Völker.

Gerade in diesen Dingen hätte Sachsens Regierung unendlich viel Schaben wieder gutzumachen gehabt. Sie hat es nicht getan und trägt damit eine schwere Verantwortung vor Deutschlands Zukunft. Und so gibt es von der kulturpolitischen Seite keinen besseren Wunsch als den, daß Neuwahlen kommen, die eine tiefere Erkenntnis kulturpolitischer Lebensfragen in den leitenden Stellen gewährleisten. Als letzter Redner sprach

Dr. Georg Neßler

über „Das sächsische Volksbegehren und der Schicksalskampf im Reich“. Das Ziel — so führte er aus — unserer deutschen Innenpolitik muß sein, Preußen wieder preussischer werden zu lassen. Wedel sagte schon: „Es gibt nur ein Preußen. Wer dieses Preußen hat, hat das Reich.“ Der ganze Kampf geht um und über Preußen, auch der Kampf, den wir in Sachsen führen. Ein verschwundener preussischer Staat läßt auch alle übrigen deutschen Länder verschwinden. Deshalb richtet und richtet sich der ganze Kampf der deutschfeindlichen Mächte gegen das Preußenreich, ohne das ein deutsches Reich nicht wäre. Das Deutsche Reich gleicht in seinem Aufbau und seiner innerstaatlichen Verbundenheit einem großen Segelschiff mit einem Hauptmast und einer Reihe kleinerer Masten, die durch gespannte Segel miteinander organisch und zweckentsprechend verbunden sind. Zerbricht der Hauptmast, dann sinken die anderen Masten in ihren Funktionen zur Lebens- und Bedeutungslosigkeit herab. Nicht einer der kleineren Masten, ohne den Hauptmast zu versinken, so vermag das Schiff vielleicht noch zu fahren. Bersten alle Masten bis auf den größten, so kann auch dieser allein die Fahrtauglichkeit nicht mehr gewährleisten. Bersten alle Masten beiseite, dann treibt das Schiff. Ein Kommando kann gegeben werden. Die praktische Durchführbarkeit ist unmöglich geworden. Sächsischen Stellung im Schicksalskampf im Reich mag mit der Rolle eines dieser Segelschiffmasten veranschaulicht werden. Unsere Sache ist es, das Holz nicht wurmfressig werden zu lassen. Auch Sachsen ist schon weitgehend angegriffen. Wenn der Marxismus die Zerlegung und Auflösung der politischen und nationalen Kräfte eines Volkes zum Ziele hat und wenn Volkswissenschaft die Volksektion der geistigen und feilischen Kräfte eines Volkes bedeutet, dann schwingt unser Pendel in Sachsen zwischen diesen beiden Äremen. Die gegenwärtig in Sachsen bestehenden Zustände, Regierung und Volksvertretung, sind eine Versicherung auf Gegenseitigkeit eingegangen. Sie sind parti passu unmöglich geworden; die Regierung erschöpft sich in Verwaltung. Und die Volksvertretung ist nur noch „Landtag“. Die Regierung kann keine bequemeren Landtag und dieser Landtag keine erträglichere Regierung finden. Dabei geht der Kampf doch um das ganze deutsche Schicksal. Unsere Verantwortung ums Reich und um Preußen liegt in Sachsen begründet. Deshalb muß von uns die Dreiecke in Sachsen geschlagen werden.

Was bringt die neue Notverordnung?

Fertigstellung voraussichtlich bis Ende der Woche

Berlin, 1. Dezember.

In einem Teil der Presse werden bereits bestimmte Angaben über die Maßnahmen gemacht, die in der neuen Notverordnung enthalten sein sollen. So spricht man bereits von einem weiteren Gehaltsabbau bei den Beamten, der in einem Berliner Abendblatt mit zehn Prozent angegeben wird. Ebenso werden auch für die Umsatzsteuer bereits Zahlen genannt. Zu all dem läßt sich nur feststellen, daß die Kabinettsberatungen noch nicht abgeschlossen sind, die Erwägungen vielmehr durchaus noch im vollen Gange sind. Das geht ja auch daraus hervor, daß das Reichskabinett auch gestern abend wieder beisammengewesen ist. Daß die Fragen der Lohn- und Gehaltssenkung in der neuen Notverordnung eine erhebliche Rolle spielen, ist ja bekannt. Es dürfte auch sicher sein, daß der Gehaltsabbau nicht schon am 1. Dezember, sondern erst am 1. Januar 1932 in Kraft gesetzt wird.

Im ganzen aber wäre es nach dem Stand der Dinge verfrüht, bereits von fertigen Ergebnissen zu sprechen. Die Reichsregierung will die Notverordnung nach Möglichkeit bis Ende dieser Woche fertigstellen. Es dürfte sich empfehlen, bis dahin auch die näheren Angaben über den Inhalt abzuwarten, der gegenwärtig noch gar nicht in allen Punkten feststeht.